

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 91 — 731

27. FEBRUAR 1991. — **Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die zu beachten sind bei den Versetzungen der Mitglieder der Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juni und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Gesetzes vom 22. Juni 1984 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 456 vom 10. September 1986;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. März 1989 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Anstalten für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Anstalten abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes, so wie er abgeändert worden ist;

Aufgrund des Protokolls Nr. 2/91 vom 21. Februar 1991, das die Ergebnisse der Verhandlungen im Sektorenausschuß XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft enthält;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989, 4. Juli 1989 und 17. Oktober 1990;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß dieser Erlaß so schnell wie möglich verabschiedet werden muß, weil der Aufruf bezüglich der Versetzungen während des Monats März bereits erfolgt und daß es notwendig erscheint, so schnell wie möglich gewisse Modalitäten in bezug auf Versetzungen in den Anwerbungsämtern, in den Auswahlämtern und in den Beförderungsämbtern abzuändern;

In Erwägung der Tatsache, daß die Veröffentlichung des Aufrufs bezüglich der Versetzungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft unbedingt in den ersten Tagen des Monats März im *Königlichen Staatsblatt* erfolgen muß;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsminister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

Beschliesst :

KAPITEL I. — Modalitäten bezüglich der Versetzungen innerhalb der Anwerbungsämter

Artikel 1. Die durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Anwerbungsämter werden den Personalmitgliedern des Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch eine im März eines jeden Jahres im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichte Bekanntmachung sowie durch ein im Laufe desselben Monats per Einschreiben an alle Leiter der Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtetes Rundschreiben zur Kenntnis gebracht.

Diese Bekanntmachung und dieses Rundschreiben weisen darauf in, daß die freien Stellen der Anwerbungsämter durch Versetzung an jene Personalmitglieder vergeben werden können, die in Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dem Anwerbsamt, zu dem die zu vergebende Stelle gehört, definitiv ernannt sind, und die eine Stelle des besagten Amtes innehaben und deren Beurteilungsbericht nicht « ungenügend » aufweist.

Diese Bekanntmachung und dieses Rundschreiben fordern die Personalmitglieder, die Interesse an den im *Belgischen Staatsblatt* als frei angegebenen Stellen haben, auf, einen Versetzungsantrag einzureichen.

Auch die Personalmitglieder, die eine Versetzung in eine Stelle eines Anwerbsamtes wünschen, die infolge von Versetzungen im ersten Gang bzw. in den folgenden Gängen frei geworden ist, werden durch diese Bekanntmachung und dieses Rundschreiben aufgefordert, einen Versetzungsantrag einzureichen.

Diese Bekanntmachung und dieses Rundschreiben legen genau fest, in welcher Form und innerhalb welcher Frist die Versetzungsanträge eingereicht werden müssen.

Art. 2. Unmittelbar nachdem der Schulleiter das in Artikel 1 erwähnte Rundschreiben erhalten hat, legt er es jedem interessierten Personalmitglied der Anstalt vor. Jedes dieser Mitglieder unterschreibt es und gibt dabei das Datum an.

Art. 3. Die in Artikel 1 erwähnten Versetzungsanträge müssen per Einschreiben an die in der Bekanntmachung des *Belgischen Staatsblattes* und in dem im Artikel 1 erwähnten Rundschreiben angegebene Adresse gesandt werden.

Sie müssen innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht werden. Letztere muß mindestens zwanzig Tage betragen. Diese Frist beginnt am Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung im *Belgischen Staatsblatt*.

Art. 4. Das Personalmitglied, das sich um mehrere in *Belgischen Staatsblatt* als frei angegebene Stellen bewirbt, muß für jede Stelle einen getrennten Versetzungsantrag einreichen und dabei seine Bevorzugung angeben.

Art. 5. Nur jene Versetzungsanträge werden berücksichtigt, die in der Form und innerhalb der Frist eingereicht werden, die in der in Artikel 1 erwähnten Bekanntmachung festgelegt sind.

Art. 6. Jede Stelle eines Anwerbsamtes, die infolge von Versetzungen innerhalb einer Versetzungsrunde frei geworden ist, wird den Personalmitgliedern, die einen Versetzungsantrag gemäß Artikel 1, Absatz 4 eingereicht haben und anlässlich dieser Runde, bzw. der vorausgehenden Runden keine Versetzung erhalten haben, per Rundschreiben zur Kenntnis gebracht.

Dieses Rundschreiben wird ihnen per Einschreiben zugesandt. Es fordert die Personalmitglieder, die an der zu vergebenden Stelle interessiert sind, auf, ihren Antrag innerhalb einer Frist von fünf Kalendertagen an die angegebene Adresse zu richten. Diese Frist beginnt am Tag nach der Versendung des besagten Rundschreibens.

Art. 7. Für jede der durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Anwerbungsämter werden die Personalmitglieder, die ihren Versetzungsantrag ordnungsgemäß eingereicht haben und die erforderlichen Bedingungen erfüllen, nach dem Dienstalter geordnet, das sie am ersten März des laufenden Jahres erreichen.

Im Falle von gleichen Dienstalter wird dem ältesten Kandidaten der Vorzug gegeben.

Art. 8. Der Minister vergibt eine durch Versetzung zu vergebende freie Stelle eines Anwerbungsamtes an das Personalmitglied, das den ersten Platz der in Artikel 7 angeführten Rangfolge einnimmt, wobei die gemäß den Bestimmungen des Artikels 4 des vorliegenden Erlasses vorgebrachten Vorzüge berücksichtigt werden.

Art. 9. Für die Berechnung des in Artikel 7 angeführten Dienstalters werden die effektiven Dienste berücksichtigt, die das Personalmitglied ab dem Alter von 23 Jahren in welcher Eigenschaft auch immer aufgrund eines von der zuständigen Behörde ausgehenden Beschlusses als Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals oder des paramedizinischen Personals im Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft geleistet hat; berücksichtigt werden ebenfalls die Dienstzeiten, während der das Personalmitglied zur Disposition wegen Stellenmangels, wegen Krankheit oder wegen Behinderung stand.

Art. 10. Die Berechnung der Dauer der Dienste, die bei der Ermittlung des in Artikel 9 angeführten Dienstalters berücksichtigt werden, geschieht folgendermaßen :

a) die in einer Planstelle mit vollständigem Lehrplan als zeitweiliger Lehrer geleistete Dienstzeit besteht aus sämtlichen Tagen, die zwischen Anfang und Ende des Beschäftigungszeitraumes gezählt werden, einschließlich der Entspannungsferien und der Winter- und Frühlingferien, sofern sie Bestandteil dieses Zeitraums sind; diese Anzahl Tage wird mit 1,2 multipliziert;

b) die in einer Planstelle mit vollständigem Lehrplan in einer anderen Eigenschaft als der eines zeitweiligen Lehrers geleistete Dienstzeit besteht aus sämtlichen Tagen, die zwischen Anfang und Ende des Beschäftigungszeitraumes gezählt werden;

c) die in einer Planstelle mit unvollständigem Lehrplan geleistete Dienstzeit wird in gleicher Weise berücksichtigt wie die in einer Planstelle mit vollständigem Lehrplan geleistete Dienstzeit, sofern erstere mindestens die Hälfte der für eine Planstelle mit vollständigem Lehrplan erforderlichen Anzahl Stunden umfaßt. Die in einer Planstelle mit unvollständigem Lehrplan erworbene Anzahl Tage, die diese Anzahl Stunden nicht umfaßt, wird um die Hälfte gekürzt;

d) die in zwei oder mehreren gleichzeitig besetzten Planstellen mit vollständigem oder unvollständigem Lehrplan erworbene Anzahl Tage darf niemals die Anzahl Tage überschreiten, die in einer während desselben Zeitraums besetzten Planstelle mit vollständigem Lehrplan erworben wurde;

e) die Dienstzeit einer Zurdispositionstellung wird gemäß den Bestimmungen unter c und d des Artikels berechnet.

KAPITEL II. — Modalitäten bezüglich der Versetzungen innerhalb der Selektionsämter

Art. 11. Die durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Selektionsämter werden den Personalmitgliedern des Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch ein Rundschreiben zur Kenntnis gebracht, das per Einschreiben an alle Schulleiter der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird.

Dieses Rundschreiben weist darauf hin, daß diese Stellen durch Versetzung an jene Personalmitglieder vergeben werden können, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem Selektionsamt, zu dem die zu vergebende Stelle gehört, definitiv ernannt sind, eine Stelle des besagten Amtes innehaben und deren Beurteilungsbericht nicht « ungenügend » aufweist.

Dieses Rundschreiben legt genau fest, in welcher Form und innerhalb welcher Frist die Versetzungsanträge eingereicht werden müssen.

Art. 12. Unmittelbar nachdem der Schulleiter das in Artikel 11 erwähnte Rundschreiben erhalten hat, legt er es jedem interessierten Personalmitglied der Anstalt vor. Jedes dieser Mitglieder unterschreibt es und gibt dabei das Datum an.

Eine Abschrift dieses Rundschreibens wird vom Schulleiter per Einschreiben mit Empfangsgestätigung an die interessierten Personalmitglieder seiner Anstalt gesandt, die zeitweilig aus irgendeinem Grund dem Dienst fernbleiben.

Art. 13. Die in Artikel 11 erwähnten Versetzungsanträge müssen per Einschreiben an die Adresse gesandt werden, die im Rundschreiben vermerkt ist.

Sie müssen innerhalb der festgelegten Frist eingereicht werden. Letztere muß mindestens zehn Tage betragen. Diese Frist beginnt am Tag nach der Versendung des in Artikel 11 angeführten Rundschreibens.

Art. 14. Das Personalmitglied, das sich um mehrere als frei angegebene Stellen bewirbt, muß für jede Stelle einen getrennten Versetzungsantrag einreichen und dabei seine Bevorzugung angeben.

Art. 15. Nur jene Versetzungsanträge werden berücksichtigt, die in der Form nur innerhalb der Frist eingereicht werden, die im Rundschreiben festgelegt sind.

Art. 16. Für jede der durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Selektionsämter werden die Personalmitglieder, die ihren Versetzungsantrag ordnungsgemäß eingereicht haben und die erforderlichen Bedingungen erfüllen, nach dem Dienstalter geordnet, das sie am Datum des Rundschreibens erreicht haben. Im Falle gleichen Dienstalters werden die Bestimmungen des Artikels 7, Absatz 2 des vorliegenden Erlasses angewandt.

Art. 17. Der Minister vergibt eine durch Versetzung zu vergebende Stelle eines Selektionsamtes an das Personalmitglied, das den wobei die gemäß den Bestimmungen des Artikels 14 des vorliegenden Erlasses vorgebrachten Bevorzugungen berücksichtigt werden.

Art. 18. Für die Berechnung des in Artikel 16 angeführten Dienstalters werden die aufgeführten Bestimmungen in Artikel 9 angewandt.

Art. 19. Für die Berechnung der Dauer der Dienste, die bei der Ermittlung des in Artikel 16 angeführten Dienstalters berücksichtigt werden, finden die Bestimmungen des Artikel 10 des vorliegenden Erlasses Anwendung.

KAPITEL III. — Modalitäten bezüglich der Versetzungen innerhalb der Beförderungsamter

Art. 20. Die durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Beförderungsamter werden den Personalmitgliedern des Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch ein Rundschreiben zur Kenntnis gebracht, das per Einschreiben an alle Schulleiter der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie an die Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes gerichtet wird.

Dieses Rundschreiben weist darauf hin, daß diese Stellen durch Versetzung an jene Personalmitglieder vergeben werden können, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dem Beförderungsamte, zu dem die zu vergebende Stelle gehört, definitiv ernannt sind, eine Stelle des besagten Amtes innehaben und am 1. Januar des in Betracht gezogenen Jahres seit ihrer definitiven Ernennung in diesem Beförderungsamte mindestens ein Dienstjahr in diesem Amte vorweisen.

Dieses Rundschreiben legt genau fest, in welcher Form und innerhalb welcher Frist die Versetzungsanträge eingereicht werden müssen.

Art. 21. Unmittelbar nachdem der Schulleiter das in Artikel 20 angeführte Rundschreiben erhalten hat, legt er es jedem interessierten Personalmitglied der schulischen Einrichtung vor. Jedes dieser Mitglieder unterschreibt es und gibt dabei das Datum an.

Eine Abschrift dieses Rundschreibens wird vom Schulleiter per Einschreiben mit Empfangsbestätigung an die interessierten Personalmitglieder der schulischen Einrichtungen gesandt, die zeitweilig aus irgendeinem Grund dem Dienst fernbleiben.

Art. 22. Die in Artikel 20 erwähnten Versetzungsanträge müssen per Einschreiben an die Adresse gesandt werden, die im Rundschreiben vermerkt ist.

Sie müssen innerhalb der festgelegten Frist eingereicht werden. Letztere muß mindestens zehn Tage betragen. Diese Frist beginnt am Tag der Versendung des in Artikel 20 angeführten Rundschreibens.

Art. 23. Das Personalmitglied, das sich um mehrere als frei angegebene Stellen bewirbt, muß für jede Stelle einen getrennten Antrag einreichen und dabei seine Bevorzugung angeben.

Art. 24. Nur jene Versetzungsanträge werden berücksichtigt, die in der Form und innerhalb der Frist eingereicht werden, die im Rundschreiben festgelegt sind.

Art. 25. Für jede der durch Versetzung zu vergebenden Stellen der Beförderungsamter werden die Personalmitglieder, die ihren Versetzungsantrag ordnungsgemäß eingereicht haben und die erforderlichen Bedingungen erfüllen, nach dem Dienstalter geordnet, das sie am Datum des Rundschreibens erreicht haben. Im Falle gleichen Dienstalters werden die Bestimmungen des Artikels 7, Absatz 2 des vorliegenden Erlasses angewandt.

Art. 26. Der Minister vergibt eine durch Versetzung zu vergebende Stelle eines Beförderungsamtes an das Personalmitglied welches er als fähig erachtet und welches in der Rangfolge, die in Artikel 25 erwähnt ist, aufgelistet ist.

Art. 27. Für die Berechnung des in Artikel 25 angeführten Dienstalters werden die in Artikel 9 aufgeführten Bestimmungen angewandt.

Art. 28. Für die Berechnung der Dauer der Dienste, die bei der Ermittlung des in Artikel 25 angeführten Dienstalters berücksichtigt werden, finden die Bestimmungen des Artikels 10 des vorliegenden Erlasses Anwendung.

KAPITEL IV. — *Schlussbestimmungen*

Art. 29. Die Versetzungen in die Anwerbungsämter und in die Selektionsämter treten am 1. September in Kraft. Die Versetzungen in die Beförderungsamter treten entweder am 1. Januar oder am 1. Juli in Kraft.

Art. 30. Aufgehoben werden :

a) der Königlichen Erlaß vom 30. April 1969 zur Festlegung der Modalitäten, die zu beachten sind bei den Versetzungen der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Lehranstalten sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes;

b) der Ministerielle Erlaß vom 9. März 1983 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die bei den Versetzungen in die Stellen der Anwerbungsämter zu beachten sind;

c) der Ministerielle Erlaß vom 9. März 1983 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die bei den Versetzungen in die Stellen der Selektionsämter zu beachten sind;

d) der Ministerielle Erlaß vom 9. März 1983 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die bei den Versetzungen in die Stellen der Beförderungsamter zu beachten sind.

Art. 31. Vorliegender Erlaß tritt am 1. Februar 1991 in Kraft.

Art. 32. Der Gemeinschaftsminister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 27. Februar 1991.

Für die Exekutive der Deutschsprachige Gemeinschaft,

Der Vorsitzende,
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht und Ausbildung,
Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

—
TRADUCTION
—

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 91 — 731

27 FEVRIER 1991. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois du 6 et 18 juillet 1990;

Vu la loi du 22 juin 1984 relative au statut du personnel de l'enseignement de l'Etat, modifiée en dernier lieu par l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986;

Vu l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, tel qu'il a été modifié;

Vu le protocole du 21 février 1991 (N° 2/91) contenant les conclusions des négociations menées au sein du comité de secteur XIX;

Vu les lois coordonnées sur le Conseil d'Etat du 12 janvier 1973, en particulier l'article 1er, § 3, modifiées par les lois du 9 août 1980, 16 juin 1989, 4 juillet 1989 et 17 octobre 1990;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est nécessaire que cet arrêté soit pris le plus rapidement possible étant donné que le lancement des appels a lieu en mars et qu'il convient de simplifier le plus rapidement possible certaines modalités relatives aux mutations dans les fonctions de recrutement, dans les fonctions de sélection, dans les fonctions de promotion;

Considérant l'impérieuse nécessité de publier au *Moniteur belge*, dans les premiers jours du mois de mars, l'avis relatif aux mutations dans l'enseignement de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

Arrête :

CHAPITRE Ier. — Des modalités relatives aux mutations dans les fonctions de recrutement

Article 1er. Les emplois des fonctions de recrutement à conférer par mutation sont portés à la connaissance des membres du personnel de l'enseignement de la Communauté germanophone par avis inséré au *Moniteur belge* dans le courant du mois de mars de chaque année et par circulaire adressée, sous pli recommandé à la poste, dans le courant du même mois, à tous les chefs des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

Cet avis et cette circulaire indiquent que les emplois vacants des fonctions de recrutement peuvent être conférés par mutation aux membres du personnel, nommés à titre définitif dans l'enseignement de la Communauté germanophone à la fonction de recrutement dont relève l'emploi à conférer, titulaires d'un emploi de ladite fonction et qui ne font pas l'objet d'une mention insuffisante à leur bulletin de signalement.

Cet avis et cette circulaire invitent les membres du personnel intéressés par les emplois déclarés vacants au *Moniteur belge*, à introduire une demande de mutation.

Cet avis et cette circulaire invitent également les membres du personnel désireux d'obtenir une mutation dans un emploi d'une fonction de recrutement devenu vacant suite aux mutations intervenues au premier tour aux tours suivants, à introduire une demande de mutation.

Cet avis et cette circulaire précisent le forme et le délai dans lesquels ces demandes de mutation doivent être introduites.

Art. 2. Dès réception de la circulaire visée à l'article premier, le chef d'établissement présente celle-ci à chacun des membres du personnel intéressés de l'établissement. Chacun y appose sa signature en indiquant la date.

Art. 3. Les demandes de mutation visées à l'article premier doivent être envoyées, sous pli recommandé à la poste, à l'adresse indiquée dans l'avis et dans la circulaire visés à l'article premier, au *Moniteur belge*.

Elles doivent être introduites dans le délai fixé. Celui-ci ne peut être inférieur à vingt jours. Ce délai prend cours le lendemain de la date de publication au *Moniteur belge* de l'avis visé à l'article premier.

Art. 4. Le membre du personnel qui sollicite plusieurs emplois déclarés vacants au *Moniteur belge* introduit une demande de mutation séparée pour chaque emploi, en indiquant sa préférence.

Art. 5. Seules prises en considération les demandes de mutation introduites dans la forme et le délai fixés par l'avis visé à l'article premier.

Art. 6. Tout emploi d'une fonction de recrutement devenu vacant suite aux mutations intervenues à un tour de mutations est porté, par lettre-circulaire, à la connaissance des membres du personnel qui ont introduit une demande de mutation comme dit à l'article premier, 4^e alinéa, et qui n'ont pas obtenu une mutation lors de ce tour ou lors des tours de mutations qui le précèdent.

Cette lettre-circulaire leur est adressée sous pli recommandé à la poste. Elle invite les membres du personnel intéressés par l'emploi à conférer à introduire leur demande à l'adresse indiquée, dans le délai de cinq jours calendriers. Ce délai prend cours le lendemain de la date de l'envoi de ladite lettre-circulaire.

Art. 7. Pour chacun des emplois des fonctions de recrutement offerts à la mutation, les membres du personnel qui ont régulièrement introduit une demande de mutation et qui remplissent les conditions requises sont classés d'après l'ancienneté de service acquise à la date du premier mars de l'année en cours.

En cas d'égalité d'ancienneté de service, la priorité est accordée au candidat le plus âgé.

Art. 8. Le Ministre confère par mutation tout emploi vacant d'une fonction de recrutement au membre du personnel qui occupe la première place du classement visé à l'article 7, compte tenu des préférences communiquées selon les dispositions de l'article 4 du présent arrêté.

Art. 9. Pour le calcul de l'ancienneté de service visée à l'article 7, sont admissibles les services effectifs que le membre du personnel a rendus, à partir de l'âge de 23 ans dans l'enseignement de la Communauté germanophone en qualité de membre du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation ou du personnel paramédical, à quelque titre que ce soit, à la suite d'un acte pris par l'autorité compétente; sont également prises en considération les périodes durant lesquelles le membre du personnel a été éventuellement mis en disponibilité par défaut d'emploi ou en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité.

Art. 10. Pour le calcul de la durée des services admissibles dans l'ancienneté de service visée à l'article 9 :

a) les services effectifs rendus à titre de temporaire, dans une fonction à prestations complètes, interviennent pour une ancienneté égale au nombre de jours comptés du début à la fin des services prestés, y compris, s'ils sont englobés dans la période d'activité continue, les congés de détente ainsi que les vacances d'hiver et du printemps; ce nombre de jours est multiplié par 1,2;

- b) les services effectifs rendus à un titre autre que celui de temporaire, dans une fonction à prestations complètes sont formés de tous les jours comptés du début à la fin de la période d'activité;
- c) les effectifs rendus dans une fonction à incomplètes comportant au moins la moitié du nombre d'heures requis de la fonction à prestations complètes sont pris en considération au même titre que les services rendus dans une fonction à prestations complètes. Le nombre de jours acquis dans une fonction à prestations incomplètes qui ne comporte pas ce nombre d'heures est réduit de moitié;
- d) le nombre de jours acquis dans deux ou plusieurs fonctions à prestations complètes ou incomplètes, exercées simultanément, ne peut jamais dépasser le nombre de jours acquis dans une fonction à prestations complètes exercée pendant la même période.
- e) les périodes de mise en disponibilité sont calculées, conformément aux dispositions reprises aux points c et d du présent article.

CHAPITRE II. — Des modalités relatives aux mutations dans les fonctions de sélection

Art. 11. Les emplois des fonctions de sélection à conférer par mutation sont portés à la connaissance des membres du personnel de l'enseignement de la Communauté germanophone, par circulaire adressée, sous pli recommandé à la poste, à tous les chefs des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

Cette circulaire indique que ces emplois peuvent être conférés par mutation aux membres du personnel nommés à titre définitif dans l'enseignement de la Communauté germanophone, à la fonction de sélection dont relève l'emploi à conférer, titulaires d'un emploi de ladite fonction et qui ne font pas l'objet d'une mention insuffisante portée à leur bulletin de signalement.

Cette circulaire précise la forme et le délai dans lesquels les demandes de mutation doivent être introduites.

Art. 12. Dès réception de la circulaire visée à l'article 11, le chef d'établissement présente celle-ci à chacun des membres du personnel intéressés de l'établissement. Chacun y appose sa signature en indiquant la date.

Cette circulaire, en copie, est envoyée, sous pli recommandé à la poste avec accusé de réception, par le chef d'établissement aux membres du personnel intéressés de son établissement qui sont temporairement éloignés du service pour quelque motif que ce soit.

Art. 13. Les demandes de mutation visées à l'article 11 doivent être envoyées, sous pli recommandé à la poste, à l'adresse indiquée dans la circulaire visée à l'article 11.

Elles doivent être introduites dans le délai fixé. Celui-ci ne peut être inférieur à dix jours. Ce délai prend cours le lendemain de la date de l'envoi de la circulaire visée à l'article 11.

Art. 14. Le membre du personnel qui sollicite plusieurs emplois déclarés vacants introduit une demande de mutation séparée pour chaque emploi, en indiquant sa préférence.

Art. 15. Sont seules prises en considération les demandes de mutation, introduites dans la forme et le délai fixés par la circulaire visée à l'article 11.

Art. 16. Pour chacun des emplois des fonctions de sélection offerts à la mutation, les membres du personnel qui ont régulièrement introduit une demande de mutation et qui remplissent les conditions requises sont classés d'après l'ancienneté de service acquise à la date de la circulaire visée à l'article 11.

En cas d'égalité d'ancienneté de service, sont applicables les dispositions de l'article 7, alinéa 2, du présent arrêté.

Art. 17. Le Ministre confère par mutation tout emploi vacant d'une fonction de sélection au membre du personnel qui occupe la première place du classement visé à l'article 16, compte tenu des préférences communiquées selon les dispositions de l'article 14 du présent arrêté.

Art. 18. Pour le calcul de l'ancienneté de service visée à l'article 16, sont applicables les dispositions de l'article 9 du présent arrêté.

Art. 19. Pour le calcul de la durée des services admissibles dans l'ancienneté de service visée à l'article 16, sont applicables les dispositions de l'article 10, du présent arrêté.

CHAPITRE III. — Des modalités relatives aux mutations dans les fonctions de promotion

Art. 20. Les emplois des fonctions de promotion à conférer par mutation sont portés à la connaissance des membres du personnel de l'enseignement de la Communauté germanophone, par circulaire adressée, sous pli recommandé à la poste, à tous les chefs d'établissements d'enseignement de la Communauté germanophone et aux membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

Cette circulaire indique que ces emplois peuvent être conférés par mutation aux membres du personnel nommés à titre définitif dans l'enseignement de la Communauté germanophone, à la fonction de promotion dont relève l'emploi à conférer, titulaires d'un emploi de ladite fonction et qui comptent, à la date du 1^{er} janvier de l'année considérée, un an de service au moins dans ladite fonction de promotion après leur nomination à titre définitif à cette fonction.

Cette circulaire précise la forme et le délai dans lesquels les demandes de mutation doivent être introduites.

Art. 21. Dès réception de la circulaire visée à l'article 20, le chef d'établissement présente celle-ci à chacun des membres du personnel intéressés de l'établissement. Chacun y appose sa signature en indiquant la date.

Cette circulaire, en copie, est envoyée, sous pli recommandé à la poste avec accusé de réception, par le chef d'établissement aux membres du personnel intéressés de son établissement qui sont temporairement éloignés du service pour quelque motif que ce soit.

Art. 22. Les demandes de mutation visées à l'article 20 doivent être envoyées, sous pli recommandé à la poste, à l'adresse indiquée dans la circulaire visée à l'article 20.

Elles doivent être introduites dans le délai fixé. Celui-ci ne peut être inférieur à dix jours. Ce délai prend cours le lendemain de la date de l'envoi de la circulaire visée à l'article 20.

Art. 23. Le membre du personnel qui sollicite plusieurs emplois déclarés vacants introduit une demande de mutation séparée pour chaque emploi, en indiquant sa préférence.

Art. 24. Sont seules prises en considération les demandes de mutation introduites dans la forme et le délai fixés par la circulaire visée à l'article 20.

Art. 25. Pour chacun des emplois des fonctions de promotion offerts à la mutation, les membres du personnel qui ont régulièrement introduit une demande de mutation et qui remplissent les conditions requises sont classés d'après l'ancienneté de service acquise à la date de la circulaire visée à l'article 20. En cas d'égalité d'ancienneté de service, sont applicables les dispositions de l'article 7, alinéa 2.

Art. 26. Le Ministre confère par mutation tout emploi vacant d'une fonction de promotion au membre du personnel repris au classement visé à l'article 25 et qu'il juge apte à occuper cet emploi.

Art. 27. Pour le calcul de l'ancienneté de service visée à l'article 25, sont applicables les dispositions de l'article 9 du présent arrêté.

Art. 28. Pour le calcul de la durée des services admissibles dans l'ancienneté de service visée à l'article 25, sont applicables les dispositions de l'article 10 du présent arrêté.

CHAPITRE IV. — Dispositions finales

Art. 29. Les mutations dans les fonctions de recrutement et dans les fonctions de sélection sortent leurs effets au 1er septembre. Les mutations dans les fonctions de promotion sortent leurs effets soit au 1er janvier soit au 1er juillet.

Art. 30. Sont abrogés :

a) l'arrêté royal du 30 avril 1969 fixant les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

b) l'arrêté ministériel du 9 mars 1983 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations dans les emplois des fonctions de recrutement;

c) l'arrêté ministériel du 9 mars 1983 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations dans les emplois des fonctions de sélection;

d) l'arrêté ministériel du 9 mars 1983 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations dans les emplois des fonctions de promotion.

Art. 31. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er février 1991.

Art. 32. Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et la Recherche scientifique est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 27 février 1991.

Par l'Exécutif de la Communauté germanophone,

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation,
de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

B. GENTGES

—
VERTALING

— DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 91 — 731

27 FEBRUARI 1991. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel, van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 en 18 juli 1990;

Gelet op de wet van 22 juni 1984 betreffende het statuut van de personeelsleden van het Rijksonderwijs, laatst gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 456 van 10 september 1986;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 maart 1989 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, zoals werd gewijzigd;

Gelet op het protocol nr. 2/91 van 21 februari 1991 houdende de conclusies van de onderhandelingen die gevoerd werden in het comité van de sector XIX;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989, 4 juli 1989 en 17 oktober 1990;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid, dat dit besluit zo vlug als mogelijk moet aangenomen worden, omdat een oproep betreffende de mutatie in de loop van de maand maart gedaan wordt en omdat het dringend noodzakelijk is, verschillende modaliteiten inzake mutaties in de wervingsambten, in de selectieambten, en in de bevorderingsambten te wijzigen;

Overwegende dat het noodzakelijk is, dat deze oproep betreffende de mutaties in het gemeenschapsonderwijs van de Duitstalige Gemeenschap onmiddellijk in de loop van de eerste dagen van de maand maart in het *Belgisch Staatsblad* opgenomen moet worden;

Op voordracht van de Gemeenschapsminister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en wetenschappelijk Onderzoek,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Modaliteiten betreffende de mutaties in de wervingsambten

Artikel 1. De betrekkingen van de wervingsambten, die bij mutatie te begeven zijn, worden ter kennis van de personeelsleden van het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap gebracht, ieder jaar in de loop van de maand maart, door een in het *Belgisch Staatsblad* opgenomen bericht, alsmede door een ter post aangetekende omzendbrief gericht, in de loop van dezelfde maand, aan de hoofden van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

Dit bericht en de omzendbrief bepalen dat de vacante betrekkingen van de wervingsambten bij mutatie kunnen worden toegewezen aan de personeelsleden die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap vastbenoemd zijn in het wervingsambt waartoe de te begeven betrekking behoort, die titularis zijn van een betrekking van bedoeld ambt en die niet in dit ambt de vermelding « onvoldoende » in de laatste beoordelingsstaat gekregen hebben.

In het bericht en in de omzendbrief worden de personeelsleden, die belang stellen in de in het *Belgisch Staatsblad* vacant verklaarde betrekkingen, verzocht een mutatieaanvraag in te dienen.

In het bericht en in de omzendbrief worden de personeelsleden die een mutatie wensen in een betrekking van een wervingsambt die tijdens de eerste of de volgende mutatiebeurten vacant geworden is, eveneens verzocht een mutatieaanvraag in te dienen.

Het bericht en de omzendbrief vermelden de vereiste vorm en de termijn voor het indienen van de mutatieaanvragen.

Art. 2. Onmiddellijk na ontvangst van de bij het eerste artikel bedoelde omzendbrief, legt het inrichtingshoofd genoemde omzendbrief voor aan ieder van de belanghebbende personeelsleden van zijn inrichting. Ieder van hen ondertekent bedoelde omzendbrief met vermelding van datum.

Art. 3. De in artikel 1 bedoelde mutatieaanvragen moeten bij een ter post aangetekend schrijven gezonden worden naar het adres dat is aangegeven in het bericht van het *Belgisch Staatsblad* en in artikel 1 van de omzendbrief.

De aanvragen moeten binnen de gestelde termijn ingediend worden. Deze mag niet minder dan twintig dagen bedragen. Hij gaat in op de dag na bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* van bedoeld bericht.

Art. 4. Het personeelslid dat naar verscheidene in het *Belgisch Staatsblad* vacant verklaarde betrekkingen solliciteert, dient voor iedere betrekking een afzonderlijke mutatieaanvraag in met vermelding van zijn voorkeur.

Art. 5. Alleen de mutatieaanvragen, ingediend in de vorm en binnen de termijn voorgeschreven in artikel 1 van het hierboven genoemd bericht, worden in aanmerking genomen.

Art. 6. Elke betrekking van een wervingsambt die vacant geworden is ingevolge mutaties, geschied tijdens een mutatiebeurt, wordt bij omzendbrief ter kennis gebracht van de personeelsleden die zoals bepaald bij artikel 1, vierde lid, een mutatieaanvraag hebben ingediend en die tijdens bedoelde mutatiebeurt of de vorige mutatiebeurten geen mutatie hebben gekregen.

Deze omzendbrief wordt hun bij een ter post aangetekende brief toegezonden. In deze omzendbrief worden de personeelsleden die belangstelling hebben voor de te begeven betrekking, verzocht hun aanvraag binnen een termijn van vijf dagen op het aangegeven adres in te dienen. Deze termijn gaat in op de dag volgend op de dag van verzending van bedoelde omzendbrief.

Art. 7. Voor elk van de voor mutatie aangeboden betrekkingen van de wervingsambten worden de personeelsleden, die regelmatig een mutatieaanvraag hebben ingediend en de vereiste voorwaarden vervullen, gerangschikt naar de door hen op datum van 1 maart van het lopende jaar verworven dienstanciënniteit.

Bij gelijke dienstanciënniteit wordt voorrang verleend aan de kandidaat met de hoogste leeftijd.

Art. 8. De Minister wijst bij mutatie iedere betrekking van een wervingsambt toe aan het personeelslid dat in de rangschikking, bedoeld in artikel 7, de eerste plaats bekleedt, rekening houdend met de voorkeur medegedeeld overeenkomstig de bepalingen van artikel 4 van dit besluit.

Art. 9. Voor de berekening van de bij artikel 7 bedoelde dienstanciënniteit worden de werkelijke diensten in aanmerking genomen, die het personeelslid vanaf de leeftijd van 23 jaar in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap gepresteerd heeft als lid van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulp personeel of van het paramedisch personeel, in welke hoedanigheid ook, overeenkomstig een akte uitgevaardigd door de bevoegde overheid.

Art. 10. Voor het berekenen van de duur der diensten die voor de in artikel 9 bedoelde dienstanciënniteit in aanmerking komen :

a) bestaat het aantal dagen gepresteerd in een ambt in tijdelijke dienst met volledige opdracht uit alle dagen berekend vanaf de aanvang tot het einde van de ononderbroken activiteitsperiode, met inbegrip van het ontspanningsverlof alsmede van de winter- en lentevakantie, indien ze in deze periode vallen; dit aantal dagen wordt verveelvoudigd met 1,2;

b) het aantal dagen gepresteerd anders dan in tijdelijke dienst met volledige opdracht kan berekend worden vanaf de aanvang tot het einde van de activiteitsperiode;

c) worden de werkelijke diensten, die gepresteerd werden in een ambt met onvolledige opdracht dat ten minste de helft van het voor een ambt met volledige opdracht vereiste aantal uren bevat, op dezelfde wijze in aanmerking genomen als de diensten gepresteerd in een ambt met volledige opdracht. Het aantal dagen verworven in een ambt met onvolledige opdracht dat dit aantal uren niet omvat wordt met de helft verminderd;

d) mag het aantal dagen verworven in twee of meer gelijktijdig uitgeoefende ambten met volledige of onvolledige opdracht nooit meer bedragen dan het aantal dagen verworven in een ambt met volledige opdracht uitgeoefend tijdens dezelfde periode;

e) de periode terbeschikkingstelling wordt berekend volgens de regeling van punt c en van dit artikel.

HOOFDSTUK II. — Modaliteiten betreffende de mutaties in de selectieambten

Art. 11. De betrekkingen van de selectieambten die bij mutatie te begeven zijn worden ter kennis van de personeelsleden van het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap gebracht bij een ter post aangetekende omzendbrief gericht aan de hoofden van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

Deze omzendbrief bepaalt dat deze betrekkingen bij mutatie kunnen worden toegewezen aan de personeelsleden die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap vastbenoemd zijn in het selectieambt waartoe de te begeven betrekking behoort, die titularis zijn van een betrekking van bedoeld ambt.

De omzendbrief vermeldt de vereiste vorm en de termijn voor het indienen van de mutatieaanvragen.

Art. 12. Onmiddellijk na ontvangst van de bij artikel 11 bedoelde omzendbrief legt het inrichtingshoofd genoemde omzendbrief voor aan ieder van de belanghebbende personeelsleden van zijn inrichting. Ieder van hen ondertekent bedoelde omzendbrief met vermelding van de datum.

Een afschrift van de omzendbrief wordt door het inrichtingshoofd, bij een ter post aangetekende zending met ontvangstbewijs, toegestuurd aan de belanghebbende personeelsleden van zijn inrichting die, om welke reden ook, tijdelijk niet in dienst zijn.

Art. 13. De in artikel 11 bedoelde mutatieaanvragen moeten bij een ter post aangetekend schrijven gezonden worden naar het adres dat is aangegeven in de omzendbrief.

De aanvragen moeten binnen de gestelde termijn ingediend worden. Deze mag niet minder dan tien dagen bedragen. Hij gaat in op de dag volgend op de dag van verzending van de in artikel 11 bedoelde omzendbrief.

Art. 14. Het personeelslid dat naar verscheidene vacant verklaarde betrekkingen solliciteert, dient voor iedere betrekking een afzonderlijke mutatieaanvraag in met vermelding van zijn voorkeur.

Art. 15. Alleen de mutatieaanvragen, ingediend in de vorm en binnen de termijn voorgeschreven in bovenvermelde omzendbrief worden in aanmerking genomen.

Art. 16. Voor elk van de voor mutatie aangeboden betrekkingen van de selectieambten worden de personeelsleden die regelmatig een mutatieaanvraag hebben ingediend en die de vereiste voorwaarden vervullen, gerangschikt naar de door hen op de datum van de bedoelde omzendbrief verworven dienstanciënniteit.

Art. 17. De Minister wijst bij mutatie iedere betrekking van een selectieambt toe aan het personeelslid dat in de rangschikking, bedoeld in artikel 16, de eerste plaats bekleedt, rekening houdend met de voorkeur medegedeeld overeen overeenkomstig de bepalingen van artikel 14 van dit besluit.

Art. 18. Voor de berekening van de bij artikel 16 bedoelde dienstanciënniteit worden de bestemmingen van artikel 19 van dit besluit in aanmerking genomen.

Art. 19. Voor het berekenen van de duur der diensten die voor de in artikel 16 bedoelde dienstanciënniteit in aanmerking komen, zijn de bepalingen van artikel 10 van dit besluit van toepassing.

HOOFDSTUK III. — *Modaliteiten betreffende de mutaties in de bevorderingsambten*

Art. 20. De betrekkingen van de bevorderingsambten, die bij mutatie te begeven zijn, worden ter kennis van de personeelsleden van het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap gebracht bij een ter post aangetekende omzendbrief gericht aan alle hoofden van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap en aan de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

De omzendbrief bepaalt dat deze betrekkingen bij mutatie kunnen worden toegewezen aan de personeelsleden die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap vastbenoemd zijn in het bevorderingsambt waartoe de te begeven betrekking behoort, die titularis zijn van een betrekking van bedoeld ambt en die na hun vaste benoeming in dit ambt, op 1 januari van het beschouwde jaar, ten minste één jaar dienst in bedoeld bevorderingsambt tellen.

De omzendbrief vermeldt die vereiste vorm en de termijn voor het indienen van de mutatieaanvragen.

Art. 21. Onmiddellijk na ontvangst van de bij artikel 20 bedoelde omzendbrief legt het inrichtingshoofd genoemde omzendbrief voor aan ieder van de belanghebbende personeelsleden van zijn inrichting. Ieder van hen ondertekent bedoelde omzendbrief met vermelding van de datum.

Een afschrift van de omzendbrief wordt door het inrichtingshoofd, bij een ter post aangetekende zending met ontvangstbewijs, toegestuurd aan de belanghebbende personeelsleden van zijn inrichting die, om welke reden ook, tijdelijk niet in dienst zijn.

Art. 22. De in artikel 20 bedoelde mutatieaanvragen moeten bij een ter post aangetekend schrijven gezonden worden naar het adres dat is aangegeven in de omzendbrief.

De aanvragen moeten binnen de gestelde termijn ingediend worden. Deze mag niet minder dan tien dagen bedragen. Hij gaat in op de dag volgend op de dag van verzending van de in artikel 20 bedoelde omzendbrief.

Art. 23. Het personeelslid dat naar verscheidene vacant verklaarde betrekkingen solliciteert, dient voor iedere betrekking een afzonderlijke mutatieaanvraag in, met vermelding van zijn voorkeur.

Art. 24. Alleen de mutatieaanvragen ingediend in de vorm en binnen de termijn voorgeschreven in bovenvermelde omzendbrief worden in aanmerking genomen.

Art. 25. Voor elk van de voor de mutatie aangeboden betrekkingen van de bevorderingsambten worden de personeelsleden die regelmatig een mutatieaanvraag hebben ingediend en de vereiste voorwaarden vervullen, gerangschikt naar de door hen op de datum van de bedoelde omzendbrief verworven dienstanciënniteit.

Art. 26. De Minister wijst bij mutatie iedere betrekking van een bevorderingsambt toe aan het personeelslid volgens de ordening van het artikel 25 en de Minister houdt het personeelslid waardig om deze betrekking te bekleden.

Art. 27. Voor de berekening van de bij artikel 25 bedoelde dienstanciënniteit worden de bij artikel 9 bedoelde bestemmingen in aanmerking genomen.

Art. 28. Voor het berekenen van de duur der diensten die voor de in artikel 25 bedoelde dienstanciënniteit in aanmerking komen, zijn de bepalingen van artikel 10 van dit besluit van toepassing.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Art. 29. De mutaties in de wervings- en in de selectieambten treden in werking op 1 september. De mutaties in de bevorderingsambten treden in werking ofwel op 1 januari ofwel 1 juli.

Art. 30. Zijn opgeheven :

a) het koninklijk besluit van 30 april 1969 tot vaststelling van de modaliteiten inzake mutaties van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel van de onderwijsinrichtingen van de Staat van de leden van de inspectiedienst die belast zijn met het toezicht op deze inrichtingen;

b) het ministerieel besluit van 9 maart 1983 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties in de betrekkingen van de wervingsambten;

c) het ministerieel besluit van 9 maart 1983 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties in de betrekkingen van de selectieambten;

d) het ministerieel besluit van 9 maart 1983 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties in de betrekkingen van de bevorderingsambten;

Art. 31. Dit besluit treedt in werking op de eerste dag van de maand volgend op de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*.

Art. 32. De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 27 februari 1991.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

De Voorzitter,
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs en Vorming, Cultuur,
Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,
B. GENTGES

D. 91 — 732 (90 — 2818)

19. JUNI 1990. — Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge. — Errata

Im *Belgisches Staatsblatt* vom 13. November 1990, S. 21453-21457, bitte lesen Sie :

In Artikel 4 § 1. 8. : « ... ihrer Aufgaben anvertraut. », statt : « ... seiner Aufgaben anvertraut. ».

In Artikel 5 : « ... ihrer Aufgaben achtet die Dienststelle... », statt : « ... ihrer Aufgaben beachtet die Dienststelle... ».

In Artikel 6 : « 5. vier Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Tagesstätten für Personen mit einer Behinderung, davon zwei aus dem Norden und zwei aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache. »;

« 6. zwei Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die eine Unterbringung von Personen mit einer Behinderung gewährleisten, davon einer aus dem Norden und einer aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache; », statt : « 5. vier Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die eine Unterbringung von Personen mit einer Behinderung gewährleisten, davon einer aus dem Norden und einer aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache; ».

In Artikel 6 : « 12. zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen. », statt : « 12. zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen. ».

In Artikel 7 : « ... erwähnte Vereinigung... », statt : « ... erwähnten Vereinigung... ».

In Artikel 9 § 1. : « ... über alle Angelegenheiten... », statt : « ... über Angelegenheiten... ».

In Artikel 11. : « ... der Dienststellen... », statt : « ... der Dienststelle... ».

In Artikel 15, in Französischen Text : « peut ester », statt : « peut rester ».

TRADUCTION

F. 91 — 732 (90 — 2818)

19 JUIN 1990. — Décret portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale). — Errata

Au *Moniteur belge* du 13 novembre 1990, pp. 21453-21457, il y a lieu de lire, dans le texte allemand :

A l'article 4 § 1er. 8. : « ... ihrer Aufgaben anvertraut. », au lieu de : « ... seiner Aufgaben anvertraut. ».

A l'article 5 : « ... ihrer Aufgaben achtet die Dienststelle... », au lieu de : « ... ihrer Aufgaben beachtet die Dienststelle... ».

A l'article 6 : « 5. vier Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Tagesstätten für Personen mit einer Behinderung, davon zwei aus dem Norden und zwei aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache. »;

« 6. zwei Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die eine Unterbringung von Personen mit einer Behinderung gewährleisten, davon einer aus dem Norden und einer aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache; », au lieu de : « 5. vier Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die eine Unterbringung von Personen mit einer Behinderung gewährleisten, davon einer aus dem Norden und einer aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache; ».

A l'article 6 : « 12. zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen. », au lieu de : « 12. zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen. ».

A l'article 7 : « ... erwähnte Vereinigung... », au lieu de : « ... erwähnten Vereinigung... ».

A l'article 9 § 1er. : « ... über alle Angelegenheiten... », au lieu de : « ... über Angelegenheiten... ».

A l'article 11. : « ... der Dienststellen... », au lieu de : « ... der Dienststelle... ».

A l'article 15, dans le texte français : « peut ester », au lieu de : « peut rester ».